

Inhaltsverzeichnis

Das Wichtigste auf einen Blick	9
A. Einleitung (<i>Hey</i>)	15
B. Die Niedrigzinsphase aus ökonomischer Perspektive (<i>Steffen</i>).	17
I. Einführung	17
II. Determinanten von kurz- und langfristigen Zinssätzen	18
1. Determinanten der Zinsstrukturkurve	18
a. Erwartete Entwicklung der kurzfristigen Zinsen	18
b. Die Risikoprämie für sichere langfristige Wertpapiere („Term Premium“)	19
2. Die Rolle der Zentralbank für die Höhe von Zinssätzen	20
III. Langfristige Entwicklung der Renditen von Staats- und Unternehmensanleihen	22
1. Auswirkungen auf Staatsanleihen	22
2. Auswirkungen auf Unternehmensanleihen	24
3. Entwicklung von kurz- und langfristigen Zinssätzen in Deutschland (1960–2016)	25
IV. Wirtschaftliche Situation in Europa	27
1. Wirtschaftliche Entwicklung	27
2. Verschuldung des Staats- und des Privatsektors	40
V. Die Rolle der Europäischen Zentralbank	44
1. Geldpolitische Maßnahmen der EZB	44
2. Unkonventionelle Maßnahmen der EZB	45
a. Full-Allotment (Oktober 2008)	45
b. Long-Term Refinancing Operations (LTRO, Dezember 2011 und Februar 2012)	45
c. Outright Monetary Transactions Program (OMT, September 2012)	46
d. Quantitative Easing (QE, seit März 2015)	47
VI. Der europäische Bankensektor und die europäische Finanzarchitektur	47
1. Performance der europäischen Banken in der Finanzkrise	48
2. Finanzstabilität, Geldpolitik und Kreditvergabe	50

3. Bewertung der Politikinitiativen zur Stabilisierung des Bankensektors	55
a. Bankenunion	55
b. Kapitalmarktunion.....	56
VII. Implikationen und Prognose	58
C. Abbildung und Wirkungen der Niedrigzinsphase im geltenden Steuerrecht (<i>Hey</i>)	61
I. Verzinsung, Niedrigzinsphase und Steuergerechtigkeit.....	61
II. Starre steuergesetzliche Zinstypisierungen	62
D. Verfassungsrechtliche Würdigung (<i>Hey</i>)	64
I. Grundrechtsrelevanz gesetzlicher Zinssatztypisierungen	64
II. Der allgemeine Gleichheitssatz als Maßstab von Zinssatztypisierungen	64
1. Ungleichbehandlungen als Folge von Typisierungen	64
2. Vereinfachungszweck als Rechtfertigungsgrund in der steuerrechtlichen Judikatur des BVerfG	65
3. Verhältnismäßigkeitsprinzip als Grenze verfassungskonformer Typisierungen	66
4. Zusammenhang zwischen Sachverhalt und Typisierung	67
a. Realitätsgerechtigkeit von Typisierungen	67
b. Realitätsgerechtigkeit und Realitätsveränderungen	71
aa. Anpassungsnotwendigkeit	71
bb. Typisierung und Prognosespielräume	74
cc. Konkretisierung durch BVerfG v. 28.11.1984 zu steuergesetzlichen Zinssatztypisierungen	77
dd. Rechtsfolgen fehlerhafter Prognosen	79
ee. Sachverhaltsermittlung: Zum Bezugsrahmen von Zinssatztypisierungen	80
III. Verfassungsrechtliche Würdigung des 6 %igen Rechnungszinsfußes für Pensionsrückstellungen (§ 6a Abs. 3 Satz 3 EStG)	82
1. Problemstellung	82

2. Systematische Einordnung der Abzinsung von (Pensions-)Rückstellungen	84
a. Anerkennung von Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten als zentraler Ausdruck der Perioden- abgrenzung nach wirtschaftlicher Verursachung	84
b. Einordnung von Pensionsrückstellungen im Besonderen	85
c. Abzinsung	86
3. Rechtsentwicklung der steuerlichen Abzinsung von Pensionsrückstellungen	89
4. Gleichheitsrechtlicher Maßstab	90
a. Abgestufter Maßstab von Willkürverbot bis strenger Verhältnismäßigkeitsprüfung	90
b. Bindung des Bilanzsteuergesetzgebers durch das Folgerichtigkeitsgebot oder bloße Willkürprüfung?	91
c. Gleichheitsrechtlicher Maßstab für Typisierungen	96
d. Verhältnis beider Rechtfertigungsmaßstäbe zueinander	97
e. Willkürverbot als Auffangposition	98
5. Anwendung des gleichheitsrechtlichen Maßstabs auf § 6a Abs. 3 Satz 3 EStG ergibt gleichheitssatzwidrige Typisierung	99
a. Überblick	99
b. Rechtfertigungsgrund Vereinfachung	99
c. Verfassungsrechtlicher Anpassungsbedarf allein im Hinblick auf die „einschneidende“ Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse?	101
d. Gleichheitssatzwidrigkeit im Hinblick auf den abweichenden HGB-Zins?	101
aa. Massive Abweichungen zwischen Pensionsrückstellungen in Handels- und Steuerbilanz	101
bb. Auswirkungen des BilMoG	102
cc. Keine verfassungsrechtliche Bindung des Gesetzgebers durch das Maßgeblichkeitsprinzip	103
dd. Nur bei gleichlaufender Typisierungsentscheidung begründen abweichende Zinssätze Rechtfertigungsbedarf ..	104
e. Massive Abweichung des steuerlichen Rechnungszinses vom Marktzins	106
aa. Welchen Zinssatz typisiert § 6a Abs. 3 Satz 3 EStG?	106

bb. Mischzins aus Kapitalmarktanlagezins mit Zins für Unternehmensanleihen als Obergrenze	108
cc. Betrachtungszeitraum	110
dd. Einbeziehung Eigenkapitalrendite – Bindung an die Gesetzesbegründung bei Überprüfung der Realitäts-gerechtigkeit der Typisierung?	115
aaa. Relevanz einer denkbaren anderweitigen Typisierungs-entscheidung im Rahmen verfassungsgerichtlicher Überprüfung	115
bbb. Typisierbarkeit der unternehmerischen Eigenkapital-rendite durch einen einheitlichen Zinssatz?	116
ccc. Verweis auf Eigenkapitalrendite steht in Widerspruch zu den Zielen der betrieblichen Altersvorsorge	117
6. Realitätsferne des Rechnungszinses führt zu willkürlicher Besteuerung	118
a. Ungezielte, stark gestreute Mehrbelastungen innerhalb der Gruppe der pensionsverpflichteten Unternehmen	118
b. Keine sonstigen sachlichen Gründe, die einer Anpassung entgegenstehen.....	119
aa. Unbeachtlichkeit der finanziellen Auswirkungen einer Senkung des Rechnungszinses	119
bb. Keine entgegenstehenden Vereinfachungserfordernisse ...	120
c. Unterlassen der Anpassung führt nicht zu Annäherung an Überschussrechnung	122
7. Gleichheitssatzwidrigkeit im Hinblick auf den abweichenden Zinssatz von 5,5 % in § 6 Abs. 1 Nr. 3a Buchst. e EStG	123
IV. Verfassungsrechtliche Würdigung der Abzinsung von Rückstellungen für langfristige Verbindlichkeiten gem. § 6 Abs. 1 Nr. 3 EStG und Rückstellungen gem. § 6 Abs. 1 Nr. 3a EStG in Höhe von 5,5 %	126
1. Gesetzesbegründung	126
2. Keine Rechtfertigung des allgemeinen Abzinsungssatzsatzes in Höhe von 5,5 %	127
Literaturhinweise	129